

Diese Zeitung erscheint täglich zwei Mal,
Morgens 8 Uhr und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.
mit Botenlohn 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf.
Für Bonnern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf.

Stettiner



Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: die Gragnam'sche Buchhandlung
Schulzenstraße Nr. 341.
Redaction und Expedition selbst.
Infectionspreis: Für die gepaltene Beilage 1 Sgr.

Zeitung.

Abend-Ausgabe.

No. 300.

Sonnabend, den 28. Juni.

1856.

Beim bevorstehenden Ablauf dieses Quartals ersuchen wir unsere geehrten Abonnenten, die Erneuerung des Abonnements frühzeitig bewirken zu wollen, da bei späteren Bestellungen die fehlenden Nummern nicht immer nachgeliefert werden können. Bestellungen auf die „Stettiner Zeitung“ wolle man auswärts bei den königlichen Postanstalten, hier am Orte in der Redaktion (Schulzenstraße No. 341) und in den unten genannten Expeditionen aufgeben. Der vierteljährliche Abonnements-Preis für die „Stettiner Zeitung“ beträgt für auswärtige Leser 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf., für hiesige 1 Thlr. 10 Sgr., mit Botenlohn 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. — Die Expeditionen sind bei:

Hoppe, Schulzenstraße No. 173; **Speidel**, Schulzenstraße No. 338; **Gundlach**, Neuer Stadttheil; **Nothberg**, Hofgärten No. 263; **Kraz**, Breitestraße No. 390; **Rose**, Bau- und Breitestraßen-Ecke No. 380; **Ortmeyer**, Bau- und Mühlentorstraße-Ecke No. 477; **Sieber**, Breitestraße No. 377; **Scherping**, Breitestraße No. 390; **Gisert**, Hofmarkt No. 717; **Schneider**, Hofmarkt- und Louisenstraße-Ecke No. 757; **Kypke**, gr. Wollweberstraße No. 565; **Leistikow**, Pelzerstraße No. 655; **Scherping**, Schulstraße No. 858; **Schmidt & Schneider**, Hofmarkt No. 154; **Leberenz**, Krautmarkt No. 973; **Fahndrich**, Klosterhof u. Frauenstraßen-Ecke No. 908; **Glanz**, gr. Oder u. Hagenstraße-Ecke No. 68; **Stöcken**, Kastanie No. 217; **Krieger**, Plabrin No. 90; **Landrath**, Oberwieß; **M. Dorschfeldt**, Neuwieß; **Korth**, Grabow, Burgstraße No. 90; **Cypke**, Kupfermühl.

Stettin. Wir entnehmen der Post. Z. folgende zeitgemäße Bemerkungen: Von den auf der zu Eisenach jetzt tagenden zwölften deutschen General-Zollkonferenz gestellten Anträgen ist der wichtigste derjenige der preussischen Regierung, welcher eine Herabsetzung der Eisenzölle bezweckt. Es ist dringend zu wünschen, daß das Resultat dieses Antrages günstiger ausfallen möge, als vor drei Jahren auf der hiesigen Zollkonferenz, obschon zu befürchten ist, daß das leidige Prinzip der erforderlichen Unanimität zur Gültigkeit bindender Beschlüsse auch jetzt der Förderung dieser wichtigen Angelegenheit die alten Schwierigkeiten bereite. Es ist eine alltägliche Wahrheit, daß gerade das Eisen am unentbehrlichsten für die Gewerbe, die Aebderei und den Landbau ist und daß nichts den Aufschwung jeder industriellen Produktion mehr zu hemmen im Stande ist, als die Vertheuerung dieses ihr unentbehrlichen Materials. Den größten Widerstand wird die vorgeschlagene Herabsetzung der Eisenzölle auch dieses Mal wieder bei den Bergwerks- und Hütten-Besitzern finden, ein um so weniger gerechtfertigter Widerstand, als die Verarbeitung der Bergwerks- und Hüttenprodukte, die Verfertigung nämlich aller Arten von Werkzeugen, Maschinen u. s. w. bei weitem mehr Arbeitskräfte erfordert und bei weitem höhere Werthe erzeugt, als jene zu dieser Verarbeitung erforderlichen Halbfabrikate. Es ist gerade diese Verarbeitung der Berg- und Hütten-Produkte der bei weitem wichtigste Theil der industriellen Produktion und ein Schutz, wenn einmal davon die Rede sein soll, müßte vernünftigerweise darin bestehen, diese Produktion vor dem Hemmnisse des durch Zölle vertheuerten Eisens zu bewahren. Es ist längst anerkannt, daß jede Verhinderung der Einfuhr von einer Verhinderung der Produktion im eigenen Lande begleitet wird, daß sie zugleich die Einnahmen der Staatskasse schmälert, die dadurch in die Lage versetzt wird, sich anderweitige Einnahmequellen durch Auflegung direkter Steuern zu verschaffen. Wie der Staat am besten durch das Gedeihen der Steuerpflichtigen seine Einnahmequellen erhöht, eben so wird die Industrie nur dann gedeihen können, wenn die Konsumenten sich in materiell günstiger Lage befinden. Wird mithin das Eisen durch darauf gelegte Schutzzölle vertheuert, so folgt von selbst daraus, daß eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich der daraus gefertigten Gegenstände ganz oder theilweise enthalten muß, daß daher der Schutz die Konsumtionsfähigkeit vernichtet und sich selbst seine Nahrungsquelle nach und nach verstopft. Das einfachste Beispiel lehrt die Wahrheit dieses Satzes. Wenn z. B. in England jährlich auf den Kopf der Bevölkerung mindestens 1 Centner Eisen kommt, so wird im Zollverein kaum 1/2 Centner Eisen verbraucht. Die fortschreitende Erhöhung der Eisenproduktion bei Verwohlfeilerung des Materials lehrt wiederum das Beispiel Englands, welches bei dem früheren Preise von 2 Thaler für den Centner nur 3 Millionen Centner Roheisen produzierte, während jetzt bei dem Preise von 1 Thlr. die Produktion über 30 Millionen Centner beträgt. Wie die Vertheuerung eines der wichtigsten Halbfabrikate auf jeden Zweig der Industrie lähmend einwirkt, geht auch daraus hervor, daß nach einem früheren Gutachten hannoverscher Schiffbauverordneter der Bau eines Schiffes von 463 1/2 Normallasten zu 4000 Pfd. durch die Eingangszollabgabe auf Eisen im Zollverein um 7 Thlr. 13 Sgr. die Last vertheuert wird. Diese Uebelstände sind oft genug auch in Gutachten preussischer Aebder, in Petitionen der bedeutendsten Ostseestädte schon längst dargelegt und man wird sich noch

erinnern, daß eine Gesellschaft in Stettin den Beschluß faßte, den Bau mehrerer Dampfschiffe in Kopenhagen vornehmen zu lassen, weil die hohen vereinsländischen Eisenzölle die Kosten zu unverhältnismäßig erhöhten. Wie für die Aebderei, so ist gleichmäßig für den Ackerbau wie für die gesammte industrielle Produktion die möglichste Verwohlfeilerung des Eisens das dringendste Bedürfnis und je großartiger sich der Eisenbahnbau, die Maschinen-Fabrikation u. s. w. zu entwickeln beginnt, je mehr der Landbau einer fördernden Sorge bedarf, um so notwendiger erscheint es, der Gesamtheit dieser wichtigen Thätigkeitszweige die notwendige Quelle ihres Gedeihens durch Verwohlfeilerung des Eisens zu eröffnen. Während alle Länder im Begriffe sind, immer mehr die Bahn der Schutzzölle, wo diese noch bestehen, zu verlassen, während auch Oesterreich noch kürzlich seinen Zolltarif wesentlich herabgesetzt hat und in Frankreich sich die einzig gesunden Ansichten dieses national-ökonomischen Prinzips immer mehr Bahn brechen, kann der Zoll-Verein unmöglich ein Prinzip noch länger aufrecht erhalten wollen, dessen Vertheurtheit sich augenfällig erwiesen hat.

Deutschland.

SS Berlin, 28. Juni. Bei der, wie mitgetheilt, vorgestern erfolgten Verurtheilung des Dr. jur. Schmidt erachtete der Gerichtshof für festgestellt: 1) daß Schmidt die B.'schen Kinder einer Reihe von Diebstählen wesentlich falsch beschuldigt; 2) daß er dies in der Absicht gethan hat, sie, obwohl unschuldig, bestrafen und sich für seinen behaupteten Verlust aus ihrem Vermögen entschädigen zu lassen; 3) daß er durch diese Handlungsweise als Vormund zum Nachtheil seiner Mündel in gewinnstüchtiger Weise agirt hat. — Der Gerichtshof erklärt es in den Entscheidungsgründen für ganz undenkbar, daß Schmidt jahrelang sich um Tausende von Thalern habe sollen bestehen lassen, ohne es zu merken und ohne Anzeige davon zu machen oder sonstige Schritte zu thun, um diesen behaupteten Diebstählen zu steuern, wenn sie wirklich vorgekommen wären. Habsucht wird als das Motiv seiner Handlungsweise angenommen. Als strafschärfende Momente sind die Bildungsstufe des Angeklagten, die Charakterniederträchtigkeit, die sich in seiner Handlungsweise ausdrückt, und endlich die hohe Strafe hingestellt, die die B.'schen Kinder erwartet hätte, wenn Schmidt für seine Denunziation Beweise erbracht haben würde. Seine mitangeklagte Ehefrau ist jedoch freigesprochen worden. Nach Publikation des Erkenntnisses theilte der Präsident mit, daß durch den Bertheidiger des Schmidt ein Gesuch des Letzteren überreicht sei, in dem gebeten wird, von einer etwa zu beschließenden sofortigen Verhaftung abzustehen und worin für den Fall dieses Beschlusses Kautions offerirt wird. Der Staatsanwalt Adler erklärt, daß er allerdings die sofortige Verhaftung beantragt haben würde, daß er aber davon absehen wolle, wenn der Angeklagte eine Kautions von mehreren Tausend Thalern bestelle. Der Gerichtshof vertheilte und beschloß: „Schmidt sofort zum Kriminalarrest bringen zu lassen und die offerirte Kautions zurückzuweisen.“ Der Präsident, Stadtgerichtsrath Wisse, publizirte als Grund dieses Beschlusses den Wortlaut des hier Platz greifenden §. 208 der Kriminalordnung: „Diebe, Betrüger und ähnliche Verbrecher werden in der Regel jederzeit verhaftet, andere Verbrecher in der Regel nur, wenn die Strafe, welche sie zu erwarten haben, einjährige Einsperrung übersteigt.“ Im vorliegenden Fall übersteige die Strafe nicht nur einjährige Einsperrung, sondern Schmidt sei als untreuer Vormund und falscher Denunziant auch unter die „ähnlichen Verbrecher“ zu rechnen, welche der citirte Paragraph an die Seite von Dieben und Betrügern stelle.

Den Kanzlei-Diätarien des k. Stadtgerichts ist von dem Präsidio desselben angezeigt worden, daß ihre Vorstellung um Gehaltsverbesserung bei der Steigerung der unentbehrlichsten Lebensmittel, von dem Justizministerium abschlaglich beschieden worden. Gleicher Bescheid möchten auf ähnliche Gesuche, welche von Kanzlisten und Bureau-Assistenten vorbereitet wurden, erfolgen sein.

Die „Zeit“ enthält folgende offiziöse Mittheilung: Bekanntlich wurde in der vorigen Session im Hause der Abgeordneten der Antrag eingebracht, der Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, dieselbe werde dahin wirken, daß den langjährigen gerechten Beschwerden, namentlich der östlichen Grenz-Provinzen, über den Druck des russischen Prohibitiv-Systems und der russischen Grenzverre eine genügende Abhilfe verschafft und daß in dieser Beziehung, mit Bürgschaft auf Dauer, ein Zustand herbeigeführt werde, welcher nicht wie der bisherige mit den bestehenden Verträgen und mit den Bedürfnissen des Verkehrs zwischen beiden Ländern in Widerspruch steht.“ Dieser Antrag kam wegen Schluß der Session zwar nicht zur Erledigung, wurde dagegen in der betreffenden Kommission berathen, deren Resolution dahin ging: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: „man vertraue der Staatsregierung, daß sie fortgesetzt kräftig bemüht sein werde, die im Interesse des Landes so dringend wünschenswerthen Erleichterungen des Handelsverkehrs mit Rußland herbeizuführen.“ Daran hat es nun, wenn wir gut unterrichtet sind, die königliche Staatsregierung nicht fehlen lassen. Der diesseitige Gesandte in St. Petersburg hat, wie uns mitgetheilt wird, so bald die poli-

tische Situation der russischen Regierung die Möglichkeit gewährte, den dahin gehörigen Fragen ihre Sorge und Aufmerksamkeit zuzuwenden, betreffende Instruktionen empfangen, welche dann nach Maßgabe und in Veranlassung des oben erwähnten Antrages erweitert und ergänzt worden sind. Auch bereift gegenwärtig der diesseitige General-Konsul, Herr Legationsrath v. Wagner, im Auftrage der betreffenden Ministerien Ost- und Westpreußen, um weiteres Material für die Anträge zu sammeln, welche freuscherseits formulirt und der russischen Regierung bei Gelegenheit der Revision ihres allgemeinen Tarifs zur Berücksichtigung übergeben werden sollen.

Der „Ref.-Z.“ schreibt man aus Didenburg vom 24. Juni: Die von diesseitiger Regierung auf der gegenwärtigen 12ten General-Konferenz in Zollvereins-Angelegenheiten gestellten besonderen Anträge beschränken sich dem Vernehmen nach im Wesentlichen auf die Zollfreiheit für das seewärts eingehende Bau- und Nutzholz, die Herabsetzung des Zolls für Talg und die Aufhebung der Durchgangs-Abgaben. Daß Anträge, die von irgend einer Seite wiederum auf die Aufhebung, beziehungsweise die Herabsetzung der Eisenzölle gerichtet werden sollten, auch die Unterstützung der diesseitigen Regierung finden werden, ist nach deren früheren Erklärungen nicht zu bezweifeln.

Se. k. H. der Prinz Friedrich Wilhelm hat den aus London hier eingegangenen Nachrichten zufolge sich gestern am englischen Hofe verabschiedet und mit Höchstseiner Gesele die Rückreise angetreten. Morgen wird der Prinz in Aachen eintreffen und bis Montag bei seiner erlauchten Schwester Louise zum Besuche verweilen. — Die Ankunft Sr. k. Hoheit auf Schloss Babelsberg erfolgt, so weit bis jetzt bestimmt, am nächsten Dienstag. Höchstderselbe wird, wie man vernimmt, das Kommando des 1. Garde-Regiments zu Fuß übernehmen und während der Dauer desselben in Potsdam residiren.

Gestern ist, wie das „C. B.“ meldet, die seit vielen Jahren betriebene, oft abgebrochene und immer wieder aufgenommenen Verhandlung über den Verkauf des hiesigen k. lithographischen Instituts in der Münzstraße zum Abschluß gekommen. Das Gebäude ist Hr. A. Gers zur Erbauung eines neuen königstädtischen Theaters für den Preis von 100,000 Thlr. überlassen und hat der Käufer die Hälfte des Kaufpreises mit 50,000 Thlr. bei der General-Militärkasse deponirt.

Es sind in der letzten Zeit hier dänische Species-Thaler neuesten Gepräges verausgabt worden, welche, da sie sowohl durch ihre Größe, als durch ihre Stärke nur wenig von den deutschen Zweithalerstücken abweichen, von Geschäftleuten bei dem eiligen Herausgeben leicht für solche gehalten werden können. Da diese Species-Thaler nur einen Werth von 1 1/2 Thaler preussisch haben, so wollten wir nicht verfehlen, das Publikum zur Verhütung von Nachtheilen darauf aufmerksam zu machen. (Spen. Btg.)

Königsberg, 26. Juni. Unterm 19. Juni fordert die Regierung etwaige Prätendenten zur Bewerbung um das bedeutende Vermögen auf, welches der am 30. Juni 1779 in Königsberg geborne, von hier nach Kurland ausgewanderte, am 26ten Januar d. J. auf seinem Privatgute Nigranden verstorbene Ober-Chirurgus J. C. Heyne hinterlassen hat. Wie hier erzählt wird, gehören zu den Prätendenten u. A. auch die Erben des vor Kurzem zu Paris verstorbenen berühmten Schriftstellers und Dichters Heinrich Heine, wie der Stadtverordnetenvorsteher, Buchdruckerei-Besitzer C. A. Heine in Braunsberg, dessen Familie mit der Heinrich Heine's in verwandtschaftlichen Verhältnissen sich befindet. Das Gemittel, welches am 19. früh unsere Stadt hart überhäute, hat mit seinen schweren Wetterwolken von hier aus die Richtung über Rudau nach der See genommen, dort sich gewendet und ist über Labiau weitergezogen. Ununterbrochen hat es auf den Helldern Schaden angerichtet und an vielen Stellen namentlich die Sommerhaaten fast gänzlich vernichtet. Die Schlossen, denn Hagel war's nicht mehr zu nennen, fielen in Größe von Taubeneiern in solchen Massen nieder, daß man sie nachher zusammenschaukeln konnte. (R. S. Z.)

Köln, 26. Juni. Diesen Morgen fand die General-Versammlung der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft statt, in welcher unter Anderem auch interessante Mittheilungen hinsichtlich der Köln-Giechener Eisenbahn und der Rheinbrücke gemacht wurden. In Betreff jener projektirten Eisenbahn wurde bemerkt, daß die Situations- und Nivellementspläne für die Bahnstrecke im Regierungsbezirk Köln vom Staatsministerium genehmigt seien. Für die in den Regierungsbezirken Arnsberg und Koblenz gelegenen Strecken erwarte man in nächster Zeit die Genehmigung der Pläne; dagegen sei die Konzessionirung der im Herzogthume Nassau sich befindenden Linie noch immer nicht erfolgt. In Betreff des finanziellen Resultats wurde angeführt, daß das Jahr 1855 alle andere vorhergegangene übertreffe und daß bei einer Beförderung von 1,756,569 Personen und 35,842,833 Ctr. Güter eine Einnahme von 3,729,407 Thlr. erzielt worden sei. Die Ausgabe mit Einschluß der Zinsen und Amortisation beträgt 2,414,171 Thlr., so daß ein Ueberschuß von 1,315,236 Thlr.

Erleibt, welcher nach Abzug von verschiedenen Zahlungen und 5500 Thlr., welche der Domkaffe überwiesen wurden, unter die Aktionäre mit 4/10 pCt. vertheilt wird, so daß diese einschließlich der schon gezahlten 3 1/2 pCt., 8 1/2 pCt. Dividende pro 1855 erhalten. (N. Fr. 3.)

Oesterreich.

Wien, 25. Juni. Irrten wir nicht, so war es unser Kabinet, welches dem Könige von Griechenland den Rath gegeben hat, eine Reise nach Europa zu unternehmen und dem Kaiser der Franzosen einen Besuch abzustatten, um durch persönlichen Einfluß demselben die üble Meinung zu benehmen, welche er von dem griechischen Hofe zu hegen scheint. — Auch am kaiserlichen Hofe wird man es gerne sehen, wenn die griechische Frage eine Angelegenheit vertraulicher Rathschläge bleibt. Inbezug ist es doch auffallend, daß der König von Griechenland bei seiner Ankunft in Wien nicht im kaiserlichen Lustschlosse zu Schönbrunn, sondern in der Weilburg, dem Palais des Erzherzogs Albrecht, abgestiegen ist. Auch der Aufenthalt des Königs in Wien wird von sehr kurzer Dauer sein. (Fr. 3tg.)

Frankreich.

Paris, 25. Juni. Der Dr. 3tg. wird von hier geschrieben: Der Kardinal-Vogt Patrizi ist mit seinen bisher in Paris gemachten Erfahrungen nicht ganz zufrieden. Er empfängt sehr viele Geisliche von jedem Range, gegen welche er sich wiederholt über seine Reise-Eindrücke geäußert hat. Die hohen Staatsbeamten und die Geistlichkeit nehmen ihn fast ausschließlich in Anspruch. Die Volksklassen drängen sich, trotz verschiedener an die Gläubigen gerichteter Strafanordnungen, nicht herbei, um ihn zu sehen. Die hohen Gesellschaftskreise, namentlich der alte Adel im Faubourg Saint-Germain, enthalten sich aller Aeußerungen und Sympathien für den Stellvertreter des Oberhauptes der katholischen Kirche. Der Kardinal mußte dies fühlen. Zuletzt ließ er Herrn Verrier zu wissen thun, daß er ihn mit größtem Vergnügen empfangen würde. Dieser antwortete sehr ehrerbietig, aber mit dem ablehnenden Zusatz, daß sein Besuch den Kardinal nur kompromittiren oder ihm Schwierigkeiten bereiten könnte.

Italien.

Neapel, 15. Juni. Die in Turin erscheinende „Stalienenische Correspondenz“ bringt unter diesem Datum über einen in Neapel schwebenden politischen Prozeß Details, von denen wir einige mittheilen, weil sie, indem sie auf die unglücklichen Zustände im Königreich beider Sicilien ein Licht werfen, zugleich beweisen, daß Graf Cavour auf dem Pariser Kongreß sich in der That seines Vaterlandes nicht zu warm angenommen hat, wie es denn auch für die Großmächte nicht angemessen sein dürfte, der Besorgung Raum zu geben, als würde durch Einmischung in solche Zustände die Aufregung gesteigert werden.

Neun Personen sind der Verschwörung zum Umsturz der gegenwärtigen Regierungsform angeklagt. Der Denunziant ist ein bekannter Polizei-Agent Dominic Pierra, der angeht, an der Verschwörung Theil genommen, aber durch Gewissensbisse veranlaßt, sich davon zurückgezogen zu haben. Die einzige Grundlage der Unterfuchung bildet nur die Aussage eben dieses Pierra. Auf diese hin hat man die Angeklagten, wie der Staatsanwalt gar nicht einmal leugnete, im Gefängniß gemißhandelt, um ihnen Geständnisse abzupressen, und eines Tages jedem derselben 50 Stockhiebe aufgezählt. Der Angeklagte Priester de Rosa gab außerdem an, daß ihn eines Tages ein Sbirre entsetzlich auf den Kopf und in das Gesicht geschlagen habe.

Nach der Denunziation sollte der Angeklagte Mignogna im Augenblicke der Verhaftung eine revolutionäre Proclamation in seinem Hute versteckt gehabt haben; es ist aber bewiesen, daß Mignogna seinen Hut in jenem Augenblicke in einem andern Zimmer hatte und eine durch ein Kind von 10 Jahren, Namens Morelli, das bei den Jesuiten erzogen ist, geschriebene Proclamation durch den Polizei-Kommissär Campagna in den Hut geschoben wurde. Das arme Kind gestand, daß man es 8 Tage eingesperrt und gemißhandelt, bis es die Proclamation geschrieben habe. Von dieser erwiesenen Thatsache aber erwähnt der Staatsanwalt Nicoletti, der schon in Terramo, wo er früher gewesen, mehr als 200 Personen wegen politischer Vergehen auf die Galeeren gebracht, nicht eine Silbe in der Anklage-Acte. Während der Sitzung sogar schimpfte dieser Staatsanwalt die Angeklagten fortwährend, so daß der Präsident des Gerichtshofes ihn bitten mußte, sich schicklich zu benehmen und ihm sagte: „Beruhigen Sie sich doch! In Ihrem Eifer erwürgen Sie ja die Verteidigung.“

Eines Tages war der Gouverneur des Gefängnisses von Procida betrunken und hatte in diesem Zustande vergessen, die Briefe abzustempeln, welche ihm die Gefangenen zur Absendung an die Andern übergeben hatten. Der Offizier griff nun dieselben auf, brachte sie dem Gouverneur und dieser, der alles rein vergessen hatte, befahl, jedem Gefangenen hundert Stockschläge aufzuzählen. Die Exekution wurde an 72 Gefangenen sofort vollzogen. Der Staatsanwalt leugnet die Sache nicht, und der Unwille, der sich unter den Zuhörern laut machte, war unbeschreiblich. Selbst die Richter schienen erschrocken über diese Thatsache.

Ein Zeuge, ein Augustiner-Mönch, sagte aus, daß ihm der Polizeikommissär Campagna eine ganze Nacht zugesetzt habe, um über den Pater Ruggiero, einen der Angeklagten, etwas Nachtheiliges auszusagen, und daß er, da er dies nicht vermocht, 11 Tage im Gefängniß festgehalten worden sei. Ein anderer Zeuge, der Priester Luigi di Zupa, hat den Mißhandlungen nicht länger widerstehen können und gegen Ruggiero ausgesagt — ein Zeugniß, das er jetzt öffentlich als erzwungen widerrufen. Der Vorstand des Ordens giebt dem Pater Ruggiero das beste Zeugniß und bestätigt, daß er sich gar nicht mit politischen Dingen befaßt habe.

Wir übergehen eine Menge anderer Thatsachen. Das Mitgetheilte wird hinreichen, um das Verfahren gegen die unglücklichen Angeklagten zu kennzeichnen und den Wunsch zu rechtfertigen, daß zur Ehre Europa's solchem Treiben ein Ende gemacht werde.

Großbritannien.

London, 25. Juni. Die Frage der Sundzölle erregt zu Newcastle bedeutendes Interesse, und die Handelskammer hat in Folge ihrer Berathung den Beschluß gefaßt, Beschwerde zu

führen über den Aufenthalt, zu dem die Schiffe in Helsingör gezwungen wären; sich gegen die Zahlung der Zölle zu einer Steuer von der Vorüberfahrt zu erklären und zu empfehlen, daß der Zoll in anderer Weise erhoben werde.

Der General Williams, der tapfere Verteidiger von Kars, hat, zum Lohn für seine Verdienste, den wichtigen und ehrenvollen Posten des Kommandanten von Woolwich erhalten, und bezieht außer dem mit dieser Stelle verbundenen ansehnlichen Gehalte, eine Jahreszulage von 1000 Ltr.

London, Freitag, 27. Juni. Die Prinzess Royal verbrannte sich das Kleid und den Arm, und muß in Folge dieses Zufalls, der aber ohne Gefahr ist, das Zimmer hüten. Die neuesten Antwortsnoten Clarendon's an March sind heute veröffentlicht.

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Juni. Wie ich heute erfahre, hat die Regierung zu Washington hauptsächlich durch die Vermittlung des St. Petersburger Kabinet's sich bestimmen lassen, zwar nicht eine Uebereinkunft zu schließen, durch welche der Vertrag von 1826 noch auf ein Jahr verlängert würde, aber darin zu willigen, daß die amerikanischen Schiffe ungeachtet des Ablaufes des Vertrages noch ein volles Jahr hindurch, obwohl nur unter Protest, die Sundzoll-Abgabe nach dem alten Tarif — dem Tarif für die meistbegünstigten Nationen — zu erlegen haben. Gleichzeitig und ungeachtet dieses Zugeständnisses hat die Regierung von Washington jedoch gegen Dänemark eine Maßregel ergriffen, die Dänemark weit empfindlicher berührt, als der ganze Verlust der Sundzoll-Abgabe von Seiten der amerik. Schiffe. Die amerik. Regierung hat nämlich plötzlich, als Repräsentation gegen den Sundzoll, befohlen, von jedem dänischen Schiffe, welches einen amerik. Hafen anläuft, eine bei weitem höhere Gebühr, als früher zu erheben. Diese Nachricht beunruhigt den hiesigen Handelsstand sehr, weil die Schifffahrt von hier nach Amerika eine sehr lebhaft ist, während eine verhältnißmäßig geringe Anzahl Amerikaner den Sund passiert. Auch fürchtet man, daß das Beispiel von Nordamerika bei andern Staaten Nachahmung finden könnte, was vielleicht das wirksamste Mittel wäre, die dänische Regierung in der Sundzoll-Angelegenheit auf andere Ansichten zu bringen. Zu dieser Verlegenheit kommt für das Kabinet eine noch bei weitem dringendere und in ihren Folgen weiter greifende. Vor einigen Tagen ist vom Berliner Hofe an unsere Regierung eine Note eingegangen, welche von einem ausführlichen Memorandum begleitet war, des Inhalts, daß man nicht länger ruhig das Gebahren der dänischen Regierung mit den Rechten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg werde ansehen können, und daß man gegen das Treiben des Ministers v. Scheel die ernsteste Verwahrung einlegen müsse. Diese Note, obgleich sie sehr höflich abgefaßt ist und nur über verschiedene Dinge gefälligen Aufschluß verlangt, soll dennoch, wie man vernimmt, nicht allein Herrn v. Scheel, sondern auch seine Kollegen sehr alteriren. (Ndd. 3.)

Ostindien.

Triest, 26. Juni. Die Ueberlandpost ist heute früh mit Berichten aus Kalkutta vom 17. und aus Bombay vom 27. Mai hier eingetroffen. — Der König von Birma hat zwei Gesandte nach Nord-Amerika abgeordnet, um mit der Regierung der Vereinigten Staaten freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 25. Juni. Der Kaiser, russische Präsident des Ministerraths, General Graf D'Elloff und Graf Schouwaloff sind heute Mittag 1 Uhr an Bord des „Preussischen Adler“ nach St. Petersburg abgegangen. Im Ganzen befanden sich 77 Passagiere an Bord.

Das Kaiserl. russische Postdampfschiff „Wladimir“ ist nach bisher schnellster Fahrt in diesem Sommer, in Kronstadt glücklich angekommen. Somit erweisen sich alle Gerüchte, welche hier in den letzten Tagen über den „Wladimir“ koursteten, als grundlos.

Wie wir hören ist das neue System der Numerierung der hiesigen Straßen jetzt von der königl. Regierung angeordnet, und wird nächste Woche in Ausführung gebracht werden. Die einzelnen Straßen werden danach, jede für sich numerirt werden. Es gewährt dies System ohne Zweifel eine große Erleichterung bei Aufindung der Adressen.

Der General-Major v. d. Goltz hat von heute ab die Leitung der hiesigen Kommandantur-Geschäfte übernommen. (Eingefandt.)

Stettin, 28. Juni. Das Ergebnis der vorgestrigen General-Versammlung der Berlin-Stettiner-Eisenbahn-Gesellschaft war ein sehr erfreuliches. Die Differenzen, auf welche sich die Debatte und Abstimmung bezog, waren nicht erheblich. Inbezug drang sich die Bemerkung auf, daß in der Organisation und Geschäftsordnung der Gesellschaft Mängel liegen, welche zu großen Uebelständen führen können.

Wie bei den Verhandlungen über die hinterpommersche Eisenbahn vielleicht die Hälfte der in der Versammlung anwesenden Aktionäre aus hinterpommerschen Gutsbesitzern und Bürgermeistern bestand, so diesmal aus Einwohnern der Ufermark und der vorpommerschen Kreise. Es ist ungewis, ob und wurde auch eingestanden, daß der größte Theil dieser Mitstimmenden nur auf den Grund von Aktien in der Versammlung sich befand, die für die Uebernahme an derselben geliehen waren. Auf diese Weise kann jedes fremdartige Interesse in der Versammlung zur Geltung gebracht werden. Das der Gesellschaft ist dadurch großen Gefahren ausgelegt. Es scheint dringend nothwendig, daß diesem Uebelstande abgeholfen werde.

Sowohl für die Verhandlungen über die hinterpommersche, wie für die über die vorpommersche Bahn war den Aktionären vor den General-Versammlungen nur ein äußerst dürftiges, eigentlich gar kein Material vorgelegt, auf welches hin sie ein eingehendes Urtheil hätten gründen können. Ein jeder sollte Geschäfts-mann macht sich, ehe er etwas unternimmt, eine Wahrscheinlichkeits-Berechnung über Einnahme und Ausgabe. Ohne Zweifel haben sich die Gesellschafts-Vorstände dergleichen Berechnungen gebildet, bevor sie auf die bedeutenden Unternehmungen eingingen. Weshalb sind diese Berechnungen nicht den Aktionären mitgetheilt? Je weniger in den General-Versammlungen eine gründliche Erörterung möglich ist, um so vollständiger sollte die den Aktionären vorher zu gebende Information sein, damit nicht unreife Beschlüsse gefaßt werden. Es ist wohl nicht unbedeutend, wenn die Eigentümer der Bahn von ihren bevollmächtigten Mitstimmenden eine solche Information erwarten. Möge sie in Zukunft nicht fehlen, wenn es sich etwa um Verlängerung der hinterpommerschen Bahn nach Danzig, oder um eine mecklenburgische Grenze handeln wird.

Der speziell formulirte Antrag des Verwaltungsrathes kam erst in der Versammlung zur Kenntniß der Aktionäre. Dies verstößt zwar nicht gegen die Statuten, ist aber ein großer Uebelstand, dessen Abstellung im Interesse der Aktionäre sehr wünschenswerth ist. Die Bestimmungen der Statuten über die Geschäftsordnung

in den General-Versammlungen sind ungenügend und ist ihre Modifikation zu wünschen. Nach §. 55 soll der Vorsitzende die Formalien der Abstimmung ordnen. Dies ist eine zu weit gehende diskretionäre Befugniß. Es wurde in den Versammlungen wegen der hinterpommerschen, wie wegen der vorpommerschen Eisenbahn der Haupt-Antrag vor den Amendements zur Abstimmung gebracht, im Widerspruche mit jeder parlamentarischen Praxis und mit der Natur der Sache. Andererseits erscheint es zweckmäßig, festzusetzen, daß ein Amendement nur zur Abstimmung gelangen darf, wenn es von einer gewissen Anzahl von Stimmen unterstützt wird. Auch daß über einen Antrag getheilt abgestimmt werden könne, bedarf einer Festsetzung. Dergleichen Formalien erscheinen vielleicht auf den ersten Anblick unwesentlich, sind es indess in der That nicht, und oft von weitreichenden Folgen. Mehrere Aktionäre.

Bermischtes.

** Von Brüssel ist uns so eben eine Zuschrift der association belge pour la reforme douanière zugegangen, die uns in Kenntniß setzt, daß am 22., 23. und 24. September in Brüssel ein internationaler Kongreß abgehalten werden soll, zu dem der gedachte belgische Verein für Zollreform die Männer der Praxis und Wissenschaft aller Länder einladet, mögen dieselben nun in der Industrie, im Handel, oder in der Staats-Verwaltung mit den wichtigen Fragen sich beschäftigen, die durch die Handelsbeziehungen der Nationen zu einander angeregt werden. Die Zuschrift stellt die Idee des Kongresses in Beziehung auf Nützlichkeit und Zeitgemäßheit gleich hoch, indem sie geltend macht, daß einerseits die allgemeine Ausstellung von Fabrikzeugnissen zum Bedarf der zahlreichsten Klassen der Gesellschaft eine große Anzahl von Fachmännern aller Länder, von erfahrenen Oekonomen, Kaufleuten und Industriellen nach Brüssel ziehen wird, andererseits aber gerade auf den 15. Septbr. von den hervorragendsten Männern Belgiens mit Unterstützung und Aufmunterung des Gouvernements ein Kongreß einberufen ist, der sich im Speziellen mit der öffentlichen Wohlfährigkeit (bien-saisance publique) zu beschäftigen haben wird. Der internationale Kongreß für Zollreform will nach den Mitteln forschon, den Handelsverkehr der Völker zu erleichtern, er wird sich von allem äußeren Einfluß der Regierungen, Schulen und Parteien frei halten, will ernste und Allen erspriechliche Resultate erzielen, wie es praktischen Kenntnissreichen und aufgeklärten Männern geziemen wird, die, jeden Zweig menschlicher Thätigkeit vertretend, zusammengekommen sind, um ihre Ideen, ihre Geschäftskentniß und die reichen Früchte ihrer Erfahrungen zu vereinigen. Das Komitè des Kongresses fordert diejenigen, die ihm nützlich sein wollen zur Herbeischaffung der bezüglichen Dokumente ihrer Landesgesetzgebung, auf, als da sind Gesetze, Reglements und Tarifs von Zöllen, Auflagen und Taren jeder Art, Tabellen von Transportkosten, Preisfouranten der Rohstoffe und des Arbeitslohns, überhaupt Alles, was zu ersterer und gründlicher Untersuchung dienen kann. Der Kongreß wird sich mit zwei Fragen beschäftigen: 1) Welches sind die natürlichen, oder künstlich erzeugten Hindernisse, die sich der Ausdehnung der Handelsbeziehungen der Nation, die sie repräsentiren, entgegenstellen? 2) Welches sind die vorgeschlagenen, oder vorzuschlagenden praktischen Mittel in jedem Lande, mit Hilfe deren die Hindernisse, die der Ausdehnung der Handelsbeziehungen zu dem Auslande feindlich sind, aufgehoben, oder vermindert werden können? — Wir schließen diese vorläufige Notiz mit Aufführung der bisher den Kongreß repräsentirenden Personen. Als Präsident wird Herr Corr van der Maeren, als Vicepräsident Barbier-Hanssens, als Sekretaire Aug. Couvreur und H. Debeselle genannt. Die Anmeldungen zum Beitritt, so wie sämtliche andere Mittheilungen sind möglichst bald an das Sekretariat des Komitè's nach Brüssel, Rue de l'Écône, zu adressiren.

Eingekommene Schiffe.

Swinemünde, 27. Juni, Abends. Söftré (Leuinsen) und Wilhelm (Michaelis) von Petersburg, Gezina (Sandersfeld) von Stockholm. Guildford (Richardson), Ferdinand (Voss), Ada (Gibson) von Newcastle. Martin (Peters) von Altona. Themis (Leijering) von Kopenhagen. Memel Padet (Lange) von Memel.

Börsenberichte.

Stettin, 28. Juni. Witterung: sehr warme schwüle Luft. Thermometer + 22°. Wind S.

Am heutigen Landmarkt hatten wir eine Getreide-Zufuhr bestehend aus: 1 W. Weizen, 1 W. Roggen. Bezahlt wurde für Weizen 80—104 Rt., Roggen 76—82 Rt., Stroh 11—12 Rt. pr. Schock, Heu 15—20 sgr. pr. Centner.

Heutige Börse.

Weizen, Preise flau, geschäftslos, Juni u. Juni-Juli 88,89 pfd, gelber Durchschn.-Qual. 108 Rt. Br.

Roggen, weichend, loco 83 pfd. dänischer pr. 82 pfd. 79 Rt. bez., 82 pfd. do. pr. 82 pfd. 77, 76 1/2 Rt. bez., leichte Waare pr. 82 pfd. 75, 74 1/2 Rt. bez., Anmeldungen pr. 82 pfd. 74 1/2, 74, 73 1/2 Rt. bez., sehr geringer leichter pr. 82 pfd. 72 Rt. bez., pr. Juni 82 pfd. 75, 74 1/2 Rt. bez., 74 1/2 Br., Juni-Juli 67 1/2, 1/2, 67 Rt. bez., 67 Gd., Juli-August 61 1/2 Rt. bez., 61 Gd., August-September 60 Rt. Br., September-Oktober 58 Rt. bez., u. Br., Frühjahr 52 Rt. bez., u. Gd.

Gerste matter, loco 20 Wspl. feine gr. pomm. pr. 75 pfd. 61 1/2 Rt. bez., andere pr. 75 pfd. 60 Rt. bezahlt.

Hafer unverändert, loco pr. 52 pfd. 36 1/2, 36 Rt. bez.

Erbsen loco kl. Koch- 78, 79 Rt. bez.

Rübol, flauer, loco 16 1/2 Rt. bez., u. Br., Sept.-Okt. 16 1/4 Rt. bez., u. Br., Okt.-Novbr. 16 Rt. Br.

Leinöl, loco incl. Fass 14 Rt. Br., Juli-August u. August-Sept. 14 Rt. Gd., Sept.-Okt. 13 1/2 Rt. bez., 13 1/2 Br.

Spiritus, matt, loco ohne Fass 10 1/4 % Br., Juni 10 3/4 % bez., u. Br., Juni-Juli 10 2 3/4 % bez., 3/4 Gd., 1/2 Br., Juli August 10 1/2 % bez., 1/2 Gd., August-September 10 1/2 % Br., September-Oktober 11 1/4 % bez., u. Br., Okt.-Novbr. 11 3/4 % bez., u. Gd.

Actien, Union-Promessen 103 1/2 Br. Germania 100 1/2 Br. Pommern 115 Br. Neue Dampfer-Compagnie 112 bez., u. Gd. National-Versicherungs-Gesellschaft 102 Gd. Chemische Produkten-Fabrik Pommernsdorf 110 Gd. Mecklenburger Eisenbahn-Actien pr. Juli 61 Br. Sieg-Rheinische 117 bez.

Die telegraphischen Depeschen melden: **Berlin, 27. Juni.** Nachmittags 2 Uhr. Staatsschuldscheine 86 1/4 bez., Prämien-Anleihe 3 1/2 pCt. 112 3/4 bez., Berlin-Stettiner 166 1/2 bez., Stargard-Posener 97 Br., 3 Köln-Mindener 161 1/2 bez., Rheinische 115 3/4 bez., Französisch-Oesterreich. Staats-Eisenbahn 165 3/4 bez., London 3 Mt. 6, 22 1/4 bez.

Roggen, pr. Juni 75 3/4, 78 1/2 bez., pr. Juni Juli 68 1/2, 70 1/2 bez., pr. Juli-August 61 3/4, 63 bez.

Rübol loco 16 1/2 Br., pr. Juni 16 1/2 Br., pr. September-Oktober 16 1/2, 1/2 bez.

Spiritus loco 34 1/2 bez., pr. Juni 34 1/4, 35 bez., pr. Juni Juli 33 3/4, 34 bez., pr. Juli-August 33 3/8 bez.

London, 27. Juni. Kein Geschäft in allen Getreidegattungen. Preise nominell, unverändert. Wetter schön.

Amsterdam, 27. Jun. Weizen, rother 10 1/2 höher, Roggen 5 1/2 höher, ziemlich lebhaft. Rappsaat 7. Herbst £ 80. Rübol pr. Herbst 45 1/4.

Barometer- und Thermometerstand
bei C. F. Schulz u. Comp.

	Juni.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° redurt.	26	336,73"	337,14"	337,56"
Thermometer nach Reaumur.	26	+ 11,8°	+ 15,0°	+ 10,9°

Verleger und verantwortlicher Redakteur H. Schoenert in Stettin. Druck von H. Grafmann in Stettin.